

Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft

HANDREICHUNG →

Forschungsverbund
GERDea &

BUNDESVERBAND
MOBILE BERATUNG



Grußwort

Die extreme Rechte macht mobil gegen die Wissenschaft. Teils hat sie Forschende und Lehrende im Visier, die engagiert Geschlechterverhältnisse, Rassismus, die fortwirkende koloniale Vergangenheit und Rechtsextremismus selbst thematisieren; teils will sie unbequeme Themen wie den menschengemachten Klimawandel verdrängen; teils scheint ihr die prüfungsoffene Wahrheitssuche als solche ein Dorn im Auge zu sein. In den USA werden diese Angriffe inzwischen mit Regierungsgewalt geführt, in Deutschland sind sie bisher (trotz einiger Reglementierungsversuche etwa in der Nahost-Problematik, konkret beispielsweise in der Fördergeld-Affäre) weitgehend auf Störmanöver und Drohungen beschränkt geblieben. Konkrete Angriffe und Eingriffe gelten nicht von ungefähr häufig Genderforschung und gendergerechter Sprache, deren Abwehr als Brückenideologie zwischen Rechtspopulismus und Konservativen fungiert.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft ist in dieser Lage gefordert, sich über Abwehrmaßnahmen Gedanken zu machen und auf möglicherweise Schlimmeres vorzubereiten. Die vorliegende Handreichung liefert hierfür wichtige Bausteine. Sie entfaltet und reflektiert, was wir tun können und was unsere Institutionen unternehmen müssen, wenn Gender- und Rechtsextremismusforschung, akademische Gleichstellungs- und Unterstützungsorgane angegriffen werden.

Als Sprecher*innen des Netzwerks Nachhaltige Wissenschaft, das für eine fairere, gerechtere und besser gegen Missbräuche geschützte Hochschule eintritt, unterstützen wir diese Bemühung um Abwehrstrategien ausdrücklich. Auch in unserem direkten und weiteren Umfeld werden solche Strategien vermehrt reflektiert, und je rascher und kompetenter wir klare Rezepte entwickeln, desto besser werden wir die Wissenschaftsfreiheit, akademische Redefreiheit und kritische Forschung schützen können. Dabei kann es nicht bloß um eine vermeintlich objektive Wissenschaft gehen, die ‚Neutralität‘ wahrt, indem sie politische Streitfragen ausschließt. Zu verteidigen sind vielmehr die Prinzipien, die freie Auseinandersetzung erst möglich machen: Rechtsstaatlichkeit, die Achtung anderer Ansichten und das Bemühen darum, alle Menschen als gleichwertig zu behandeln.

Wir wünschen dieser Handreichung weite Verbreitung, hoffen, dass ihrem Vorbild weitere hilfreiche Handlungsempfehlungen folgen, und arbeiten auch selbst an Vorschlägen dazu, wie sich eine freie und kritische Wissenschaft wirkungsvoll schützen und stärken lässt.

Christina Hölzel und
Tilman Reitz für das
Netzwerk Nachhaltige
Wissenschaft



Grußwort	2
<hr/>	
Einleitung	4
<hr/>	
→ Rechtsextreme Anfeindungen gegen die Wissenschaft als Angriffe auf die Demokratie	7
<hr/>	
→ Bedrohte Wissenschaft: Perspektiven aus der Beratungspraxis	13
<hr/>	
→ 10 Punkte für einen Umgang mit rechten und rechtsextremen Anfeindungen im Kontext Wissenschaft	21
<hr/>	
Wo finde ich Unterstützung	25
<hr/>	
Impressum	28

Einleitung

Der rechte Kulturmobilismus gegen demokratische, progressive und menschenrechtsorientierte Haltungen sowie deren Verankerung in Institutionen und der Zivilgesellschaft zeitigt erste Effekte. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und der Bundestagswahl zu Jahresbeginn 2025 verdeutlichen, dass die Strategien verschiedener rechtsextremer Organisationen und Netzwerke Wirkung zeigen. Selbst ohne Regierungsbeteiligung der AfD kommt es zu deutlichen Diskursverschiebungen nach rechts, begleitet von zunehmenden Angriffen auf Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft.

Seit Jahren wird auf Social Media eine Energieökonomin von der extremen Rechten angefeindet, unter anderem mit Morddrohungen und sexistischen Beleidigungen, die ihre wissenschaftliche Kompetenz infrage stellen sollen. Um sich zu schützen, hat sie inzwischen Anwälte eingeschaltet. Sie betont, dass sie sich von den Einschüchterungsversuchen nicht abhalten lässt, ihre Forschungsergebnisse öffentlich zu vertreten.

Was die Fälle gemein haben: sie sind bedrohlich, sie verunsichern, und sie zielen darauf ab, Handlungsräume an den Universitäten und Hochschulen zu verengen. Darauf möchten wir reagieren. Das vorliegende Policy Paper möchte eine praxisorientierte Hilfestellung bieten – sowohl für Personen, die erstmals mit rechten Angriffen konfrontiert sind, als auch für jene, die aufgrund ihrer Forschungsergebnisse bereits wiederholt betroffen waren.

Das Policy Paper ist im Rahmen des Forschungsprojekts „GERDEA – Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken, Effekte, Ambivalenzen“ entstanden. Es versammelt Beiträge, die erstmals auf der Online-Tagung „Wer schützt hier eigentlich wen?“ des GERDEA-Verbundes (2024) präsentiert wurden und beruht auf einer Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Mobile Beratung als einem der Praxispartner*innen im Projekt.

Ein erster Beitrag ordnet rechtsextreme Anfeindungen gegen die Wissenschaft demokratietheoretisch ein und benennt Analyse- aber auch Handlungsperspektiven der (geschlechterreflektierenden) Rechtsextremismusforschung. In einem zweiten Beitrag werden Handlungsperspektiven vertieft und Erfahrungen aus der Beratung im Kontext Hochschule geteilt. Im Anhang finden sich „10 Punkte“, die eine frühzeitige Auseinandersetzung mit (potentiell) bedrohlichen Anfeindungen von rechts erleichtern sollen. Zudem verweisen wir auf Beratungseinrichtungen und hilfreiche Lektüre im Themenfeld.

Wir hoffen, damit allen helfen zu können, die sich für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen einsetzen wollen.

**Wir sind nicht machtlos
und wir sind nicht allein!**

GERDEA-Forschungsverbund und BMB

Auch Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind hiervon betroffen. Sie bilden dabei einen Schauplatz unter vielen in diesem Kulturkampf. Ziel der extremen Rechten ist es, ihre Ideen auch außerhalb politischer Institutionen zu etablieren, um gesellschaftliche Debatten nachhaltig nach rechts zu verschieben. Progressive Ansätze in Kultur, Bildung und Wissenschaft werden gezielt delegitimiert.

Seit rund zehn Jahren lassen sich unterschiedliche Formen und Strategien rechtsextremer Raumnahme im universitären Kontext beobachten, mit denen Einfluss auf universitäre Diskurse genommen werden soll. Die Angriffe auf Hochschulen richten sich dabei nicht nur gegen einzelne Personen, sondern zielen auf die Idee einer offenen, kritischen und demokratischen Wissenschaft selbst.

Einige Beispiele: Im Frühjahr 2025 wurde an der Ruhr-Universität Bochum der Raum des autonomen queer*feministischen Referats mit aufgebrochener Tür und einem beschädigten Archiv vorgefunden. Auf dem Campus kam es wiederholt zu rechtsextremen Schmierereien, dem Abbrennen von Pride-Flaggen und der Verwendung von rechtsextremen Symbolen und Codes.

Eine Agrarsoziologin wurde nach einem Interview über die Beteiligung Rechtsextremer an den Bauernprotesten massiv beleidigt, bedroht und diffamiert – von Hassmails und Anrufen über Drohungen bis hin zu körperlicher Gewalt. Zudem wurden diffamierende Videos im Netz verbreitet.

An einer deutschen Universität erhielt ein Professor für Demokratie- und Diktaturforschung ein Drohenschreiben, das das Bild einer Pistole enthielt und mit dem Satz „geht ins Ohr, bleibt im Kopf“ versehen war.

6

Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft

→ RECHTSEXTREME
ANFEINDUNGEN
GEGEN DIE
WISSENSCHAFT
ALS ANGRiffe AUF
DIE DEMOKRATIE

Perspektiven aus Sicht der
geschlechterreflektierenden
Rechtsextremismusforschung

Juliane Lang

In einem Antrag der Fraktion der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt heißt es im Juni 2025: „Wissenschaft hat sich, soweit möglich, der Wahrheitsfindung zu widmen. Ihre Sache ist die Erkenntnis von Sein und Seiendem, nicht die Entwicklung politischer Forderungen.“¹ Aus diesem Postulat leitet die Partei ihre Forderung ab, die Geschlechterforschung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu unterbinden. Es handelt sich um eine Forderung, welche die Bundes sprecherin der Partei, Alice Weidel, bereits im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 vor Kameras verkündet hat. Anfeindungen gegen die Wissenschaft finden damit im öffentlichen Raum statt – und dienen hier einer in Teilen rechtsextremen Partei der Selbstinszenierung.

Angriffe gegen die Wissenschaft

In den Anfeindungen gegen die Geschlechterforschung offenbart sich neben dem offenen Antifeminismus, der als Scharnier in andere politische Lager genutzt wird, ein Wissenschaftsverständnis, welches grundlegenden Prinzipien wissenschaftlicher Redlichkeit zuwiderläuft, und in seinem Kern als wissenschafts- und demokratiefeindlich zu beschreiben ist. Forderungen wie die der AfD nach einer unpolitischen Wissenschaft sind politische Forderungen, welche u.a. darauf abzielen, die Rolle gesellschaftskritischer Wissenschaft in lebendigen Demokratien einzuschränken. Bewusst verkannt wird hier, dass Wissenschaft und ihre Institutionen selbstverständlich immer auch gesellschaftspolitische Akteure sind.

Anfeindungen wie die hier genannten treffen neben der Geschlechterforschung weitere Disziplinen wie etwa die Klimaforschung, die Rassismusforschung oder Teile der Kulturwissenschaft. Eine repräsentative Erhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW) stellt in einer Pilotstudie heraus: wissenschaftsfeindliche Anfeindungen treffen unabhängig von der politischen Verortung der Angreifenden überdurchschnittlich häufig Forschende in den Geisteswissenschaften.² Dennoch ist keine Wissenschaftsdisziplin davon

ausgenommen, ins Visier zu geraten. Die Zunahme an Angriffen gegen Forschende im Zuge der Corona-Pandemie machte dies offen sichtbar.

Die Anfeindungen bleiben nicht bloße Parolen rechtsextremer Parteien in Landtagen und auf Parteitagen, sondern stimulieren Bedrohungen gegen Forschende und sind flankiert von einer steigenden Zahl rechtsextremer Vorfälle an den Hochschulen. In nicht allen Fällen handelt es sich um Vorfälle von strafrechtlicher Relevanz – etwa wenn Forschenden in rechten Online-Blogs die wissenschaftliche Kompetenz abgesprochen wird, weil sie mit ihrer Forschung zum menschengemachten Klimawandel rechtsextremen Gewissheiten widersprechen. Oder wenn es in einer Vorlesung wiederholt zu Störungen durch Studierende kommt, die sich sich rechter, rassistischer oder auch antifeministischer Parolen bedienen. Und selbst wenn es im Falle von Bedrohungen etwa in den Sozialen Medien strafrechtlich relevant wird, sind Täter*innen nur selten auszumachen. Forschende und ihre Institutionen sind im Umgang mit wissenschaftsfeindlichen Angriffen auf die Unterstützung auch jenseits strafrechtlicher Maßnahmen angewiesen.

Alter Wein, neue Schläuche

Wissenschaftsfeindliche Angriffe sind dabei kein Problem allein der Wissenschaftskommunikation. Forschende berichten von Sorgen mit Blick auf die Kommunikation der eigenen Erkenntnisse. Und ziehen sich bisweilen aus der Öffentlichkeit zurück. Dabei zeigt die Erfahrung, dass wissenschaftsfeindliche Anfeindungen nicht dadurch enden, dass Forschende anders oder gar weniger Wissenschaftskommunikation betreiben. In einem Projekt von Wissenschaft im Dialog und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften heißt es dazu: „Auch wenn Angriffe gegen Wissenschaftler*innen (...) kein neues und vor allem kein ausschließlich digitales Phänomen sind, so lassen sich doch mediale, aber auch gesellschaftliche Veränderungen ausmachen, die solche Angriffe befeuern und eine Beschäftigung damit dringlich machen.“³ Somit gilt einmal mehr der Blick den Verschiebungen im politischen und gesellschaftlichen Gefüge, in deren

¹ Landtag von Sachsen-Anhalt: Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Wissenschaft statt Manipulation – Genderpolitik an Hochschulen einstellen“. Drucksache 8/5572, ausgegeben am 04.06.2025.

² Blümel, C. (2023): Anfeindungen gegen Forschende. Eine repräsentative Studie des Projektes KAPAZ. Kurzdossier für die Berichterstattung. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH.

³ Frischlich, L., Seeger, C., Obermaier, M., Schmid, U.K. & Schulze, H. (2024): Hate Speech und Angriffe auf Wissenschaftler*innen. Ein Forschungsüberblick. Im Auftrag von: Transfer Unit Wissenschaftskommunikation, einem Gemeinschaftsprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) und Wissenschaft im Dialog (WiD).

Zuge die Anfeindungen gegen die Wissenschaft an Qualität und Quantität gewinnen. Hassrede und die Bedrohung von Nutzer*innen haben in den Sozialen Medien insgesamt zugenommen, mit Folgen für den analogen Raum. Wissenschaftsskeptische bis -feindliche Einstellungen treffen Wissenschaftler*innen hierbei sowohl als Privatperson als auch in der professionellen Wissenschaftskommunikation im öffentlichen Raum. Die Mitte-Studie 2021/22 verweist auf die Nähe von Wissenschaftsskeptizismus mit Dimensionen der Verschwörungsmentalität auch jenseits des Rechtsextremismus.⁴ Zugleich finden wissenschaftsfeindliche Argumentationen mehr und mehr Eingang in parlamentarische Debatten – etwa über kleine Anfragen der AfD und Anträge wie den oben zitierten. Das Phänomen rechtsextremer Anfeindungen gegen die Wissenschaft hat somit in den letzten Jahren zugenommen. Und dennoch stellte Wilhelm Heitmeyer noch 2019 in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk fest, er kenne „überhaupt keine Debatten in den Wissenschaftsgremien“, wo derlei Dynamiken mit Blick auf die Wissenschaft diskutiert würden.⁵

Rolle von Wissenschaft in lebendigen Demokratien

Dies änderte sich mit den öffentlichen Debatten zur Bedrohung der Demokratie durch rechtsextreme Akteure zu Beginn des Jahres 2024. Der Wissenschaftsrat begrüßte die Demonstrationen mit hunderttausenden Teilnehmer:innen – für Demokratie, gegen Rechtsextremismus – in einer Pressemitteilung: „Als Allianz der Wissenschaftsorganisationen verurteilen wir nachdrücklich jede Art von demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Bestrebungen. (...) Denn eine offene Gesellschaft und eine starke Demokratie bilden das Fundament für unsere Zukunft. (...) Gerade die Wissenschaftsorganisationen müssen sich für eine offene, vernunftgeleitete Debattenkultur einsetzen“.

- 4 Illing, M., Schließler, C., Hellweg, N., Prahler, E. & Decker, O. (2022): Wer sind die Verschwörungsläubigen? Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. In: Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Prahler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Giessen, S.227.
- 5 Heitmeyer, W. (2019): Rechte Bewegungen an Hochschulen. „Universitäten nehmen die Situation nicht ernst. Interview im DLF. Online: www.deutschlandfunk.de/rechte-bewegungen-an-hochschulen-universitaeten-nehmen-die-100.html (Abruf: 7.8.2025).

und Spaltungen in der Gesellschaft entgegenwirken.“⁶ Weitere deutsche Wissenschaftsgremien und Hochschulleitungen äußerten sich in ähnlicher Weise und verwiesen auf die Bedeutung von Wissenschaft für liberale Demokratien. Ungewohnt deutlich betonten sie die Notwendigkeit einer starken Demokratie für eine freie Wissenschaft und sahen sich in der Verantwortung, diese gegen ihre Gegner*innen zu verteidigen.

Rechtsextreme Wissenschaftsfeindlichkeit

Parallel zur Zunahme rechtsextremer Anfeindungen gegen die Wissenschaft wurden empirische Untersuchungen aus der Rechtsextremismusforschung und angrenzenden Disziplinen initiiert. Wissenschaftsfeindlichkeit wird darin beschrieben als eine Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Expertise,⁷ als ein Kontinuum aus Wissenschaftsskeptizismus, Antiintellektualismus und Antiakademismus,⁸ sowie als eine sozialpsychologisch begründbare Einstellungsdimension.⁹ Allen Definitionen gemein ist es, Angriffe gegen die Wissenschaft in einem größeren Kontext rechtsextremer Angriffe auf die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zu begreifen. Die Angriffe werden entweder getragen von einschlägigen Akteur*innen oder sie greifen auf rechtsextreme Diskurs- und Ideologiefragmente zurück und speisen sich damit aus einer rechtsextremen Weltanschauung. Sie richten sich nicht nur gegen die Freiheit der Wissenschaft als solche, sondern gegen ihren Stellenwert in liberalen Demokratien.

Dabei ist der Begriff der Wissenschaftsfreiheit Gegenstand von Debatten um das Verhältnis von Wissenschaft und demokratischer Kultur bzw. um die Ausgestaltung einer wissenschaftlichen Streit- und Debattenkultur: „Das vielbeschworene Ideal der Wissenschaftsfreiheit scheint, hier

- 6 Wissenschaftsrat (2024): Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes müssen wir auf eine offene Gesellschaft und eine starke Demokratie bauen. Gemeinsame Stellungnahme der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. [\(Abruf: 7.8.2025\).](http://www.wissenschaftsrat.de/DE/Home/Buehne/_Inhalte/_Inhalte_Online/Allianz_Offene_Gesellschaft)
- 7 Blümel, a.a.O.
- 8 Einwächter, S. G. (2022): Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftler*innen. Kartierung eines Phänomens. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2022.
- 9 Hartmann, E. A. et al. (2020): Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit. Berlin: Institut für Innovation und Technik.

durchaus vergleichbar mit Meinungsfreiheit, zu einem umkämpften Begriff geworden zu sein, der von verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Intentionen in Anspruch genommen wird.“¹⁰ Diese Auseinandersetzung um die Freiheit der Wissenschaft wird auch innerhalb des Wissenschaftssystems geführt. In der Debatte darum finden sich mitunter Versatzstücke eines rechten Kulturkampfes wieder, der nicht vor den Toren der Universität endet – sondern die Universitäten selbst und die in ihr Tätigen zu Akteur*innen in diesem macht.

Der Blick über den deutschen Tellerrand zeigt: es handelt sich hierbei mitnichten nur um ein deutsches Phänomen. Überall dort, wo autoritäre und rechtsextreme Parteien in Regierungsverantwortung kommen, nutzen sie ihren politischen Einfluss auch im Sinne einer Einschränkung von Wissenschaft und Lehre. Sie tun dies mitunter im Namen der Wissenschaft. So wie die Central European University (CEU) in Ungarn durch Angriffe der autoritären Regierung verdrängt wurde, kam es auch in Brasilien unter der autoritären Regierung von Jair Bolsonaro zu Anfeindungen gegenüber Universitäten, bei denen insbesondere Budgetkürzungen als Mittel der Angriffe dienten. In der Türkei geht es noch weiter. Mit Inkrafttreten des Präsidialsystems ist Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan berechtigt, Rektor*innen an staatlichen Universitäten einzusetzen. Und er macht davon Gebrauch, wie die Vorgänge an der Istanbuler Boğaziçi-Universität um die Ernennung eines umstrittenen Rektors im Jahr 2021 zeigten.

Der Blick der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung

Die Forschungs- und Beratungslandschaft im Themenfeld Rechtsextremismus verfügt über ein doppeltes Analyse- und Erfahrungswissen, welches bislang wenig institutionalisiert ist: Rechtsextremismusforschende wissen seit langem um die Hintergründe der Anfeindungen aufgrund des disziplinären Forschungsgegenstandes. Und sie kennen die Dimensionen rechtsextremer Anfeindungen gegen die eigene Disziplin aus eigener Erfahrung. Entsprechend speisen sich die hier geteilten Erfahrungen aus einem doppelten Blick, als Analyse- wie auch als Handlungswissen

¹⁰ Özmen, E. (2021): Normative Grundlagen und aktuelle Herausforderungen. In: APUZ 46/2021, S.4.

im Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft. Wissenschaftsfeindlichkeit greift die Grundlage eines liberalen Wissenschaftsverständnisses an und gefährdet damit die Universitäten. Ein Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen Rechtsextremismusforschenden und den Universitäten verspricht einen gegenseitigen Lernprozess und eine Stärkung der Universitäten im Handeln gegen demokratifeindliche Anfeindungen der Wissenschaft.

Aus Sicht der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung kommt ein zusätzliches Erfahrungswissen hinzu: Forschende in der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung sind diverser als es in manch alteingesessener Disziplin der Fall ist. Frauen und andere vormals unterrepräsentierte Gruppen erfahren Angriffe nicht nur für ihre wissenschaftliche Arbeit. Die Anfeindungen werten sie zusätzlich in diskriminierender Weise ab, „die Abwertung des Wissens [wird] häufiger mit sexistischen oder rassistischen Angriffen in Zusammenhang gebracht.“¹¹ In den Anfeindungen vermischen sich Angriffe auf ihre Arbeit mit den Angriffen auf ihr Sein – in der Wissenschaft. Dies macht sie vulnerabel.

Gewachsen aus der feministischen Bewegung ist allerdings auch ein Wissen um jene Vulnerabilitäten (ähnlich wie etwa in der Rassismusforschung), und ein Wissen über die Angewiesenheit auf andere, auch eines Schutzes von und durch Institutionen. Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen rufen dazu auf, disziplinenübergreifend auf die Angriffe zu reagieren: „Wenn einzelne Fachdisziplinen oder Forschungsthemen angegriffen werden und wir uns diesen Angriffen nicht entgegenstellen, weiten sich die Angriffe früher oder später auf Wissenschaft als Ganzes aus“.¹² Rechte Anfeindungen gegen die Wissenschaft treffen mitunter einzelne Wissenschaftler*innen in besonderer Härte – sie zielen jedoch weit über die Einzelnen hinaus, und formulieren ein Wissenschaftsverständnis, welches mit der Rolle kritischer Wissenschaft in demokratisch verfassten Gesellschaften nicht vereinbar ist.

¹¹ Blümel, a.a.O.

¹² Bahr, A. & Eichhorn, K. (2025): Achtung, Brandstiftung! Antidemokratische Tendenzen im deutschen Wissenschaftssystem. Online: arbeitinderwissenschaft.substack.com/p/achtung-brandstiftung-antidemokratische (Abruf: 7.8.2025).



12

Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft

→ **BEDROHTE
WISSENSCHAFT:
PERSPEKTIVEN
AUS DER
BERATUNGSPRAXIS**

Heiko Klare und Onna Buchholt,
Bundesverband Mobile Beratung

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist ein bundesweites Unterstützungsangebot für alle, die sich gegen demokratiefeindliche Entwicklungen positionieren wollen oder müssen – sei es in Bildungseinrichtungen, der Zivilgesellschaft, der Verwaltung oder auch in der Wissenschaft. Bundesweit sind rund 50 Mobile Beratungsteams mit etwa 200 Berater*innen aktiv, organisiert in einem gemeinsamen Bundesverband. Sie arbeiten vertraulich, unabhängig und parteipolitisch neutral – aber mit einer klaren menschenrechtsorientierten Haltung auf Basis partizipativ erarbeiteter Grundsätze.

Ein wachsender Teil dieser Arbeit richtet sich inzwischen an Hochschulen. Universitäten und Fachhochschulen rücken zunehmend ins Visier des Rechtsextremismus’ – sowohl durch äußere Einflussnahme als auch durch inner-institutionelle Dynamiken. Mobile Beratung ist hier Unterstützungsinstanz, aber auch eine lernende Organisation, die die Beratungsnehmenden aus dem Kontext Hochschule als Expert*innen ihrer eigenen Sozialräume wahr- und ernst nimmt. Kolleg*innen aus den Mobilen Beratungsteams haben sich in den vergangenen Jahren eindringlich mit Fragen der Beratung an Hochschulen auseinandersetzt: als Teil unterschiedlicher Vernetzungsrunden und Arbeitskreise von v.a. Lehrenden, im Austausch mit Instituten und der Rechtsextremismusforschung sowie im Rahmen einer innerverbandlichen Fach-Arbeitsgruppe, die eine interne Handreichung für Kolleg*innen erarbeitet hat.

Aus der Beratungspraxis: Ein Antidiskriminierungsbüro wehrt sich gegen rechtsextreme Einflussversuche

Das Antidiskriminierungsbüro einer deutschen Hochschule führte vor einiger Zeit eine Veranstaltungsreihe durch, die geschlechtsspezifische Gewalt thematisierte. Hierin wurden digitale und analoge Formate angeboten, für manche Veranstaltungen war eine Anmeldung erforderlich. Eine bezog sich auf einen Empowerment-Workshop gegen Antifeminismus.

Als sich ein AfD-Mitglied mit Abgeordnetenfunktion für sämtliche Veranstaltungen der Reihe anmelden wollte, erteilte ihm das Antidiskriminierungsbüro eine Absage: Als AfD-Mitglied, das sich in der Vergangenheit offen sexistisch und transfeindlich geäußert habe, könne er nicht am Empowerment-Workshop teilnehmen,

da dieser einen geschützten Raum für Betroffene darstelle. In Bezug auf ein weiteres Online-Format wurden besondere Vorkehrungen getroffen, um Referierende und Teilnehmende in Bezug auf ihre Datensicherheit und vor möglichen abwertenden Kommentaren durch (weitere) AfD-Mitglieder und Nahestehende zu schützen. So wurde das Webinar mit beschränkten Teilnehmendenrechten durchgeführt, indem die Besucher*innen nur anonym und ohne direkte Rederechte teilnehmen konnten und Fragen an die Referierenden von der Moderation ausgewählt wurden. Die Veranstaltungsreihe konnte durch diese Vorsichtsmaßnahmen ungestört durchgeführt werden.

Im Nachgang zur Veranstaltungsreihe beschwerte sich das AfD-Mitglied beim Präsidium der Hochschule über das Vorgehen und bat um eine Stellungnahme der Hochschule. Diese verwies – das Antidiskriminierungsbüro unterstützend – auf die gängige Praxis von Veranstaltern im Antidiskriminierungs-Kontext, bei digitalen Veranstaltungen besondere Vorkehrungen zu treffen, um digitaler Gewalt und Datenmissbrauch vorzubeugen. Die Nichtzulassung zum Workshop wurde mit der spezifischen Zielgruppe des Formats begründet, zu der das AfD-Mitglied nicht gezählt habe.

Das AfD-Mitglied stellte hinzukommend eine Kleine Anfrage im Landesparlament, die das Wissenschaftsministerium des Landes dazu aufforderte, sich zu den Teilnahmebedingungen für Veranstaltungen der betreffenden Hochschule zu äußern. Auch das Ministerium bekräftigte die Darstellung des Sachverhalts im Sinne des Antidiskriminierungsbüros. Die Veranstaltungsreihe sei öffentlich zugänglich gewesen, jedoch hätten Angehörige der betreffenden Hochschule als primäre Zielgruppe einen privilegierten Zugang erhalten. Es wurde auch bekannt, dass die Klarnamen des Personals des Antidiskriminierungsbüros zusammen mit dienstlichen Kontaktdata und Fotos in einschlägigen rechtsextremen Foren veröffentlicht worden waren.

Die Mobile Beratung wurde zu einem Zeitpunkt in das Geschehen einbezogen, als die Hochschule den Aufruf zur Stellungnahme in Bezug auf das Agieren des Antidiskriminierungsbüros erhielt. Die Berater*innen regten zunächst einen hochschulinternen Austausch zwischen der Hochschulleitung und dem Antidiskriminierungsbüro an, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verstständigen. Dabei berieten die Kolleg*innen hinsichtlich einer Überarbeitung des hochschulbezogenen Veranstaltungsschutzes, um das Personal besser gegen rechte Angriffe zu wappnen. Mitarbeitenden des Antidiskriminierungsbüros wurde geraten, eine Auskunftssperre beim zuständigen Bürgeramt zu beantragen und zu erwägen, die Anfahrt zum Dienstort zu variieren – sowohl, was die Wahl der Verkehrsmittel als auch die Route angeht.

Das Beratungssetting stellte insofern eine Herausforderung dar, als öffentliche Stellen, die sich in staatlicher Trägerschaft befinden, ihre öffentlichen Veranstaltungen nicht so leicht im Zugang beschränken können wie freie Träger. Wenn freie Träger, die auch staatliche Fördermittel erhalten, öffentliche Veranstaltungen durchführen, können sie den Zugang von Rechtsextremen durch den Hinweis auf eine Ausschlussklausel verhindern, die dann bereits in der Bewerbung der Veranstaltung enthalten sein muss. Staatliche Einrichtungen können sich auf diese Klausel nicht berufen, sondern müssen andere Wege finden, Teilnehmende ihrer Veranstaltungen vor rechtsextremen Angriffen zu schützen. Der Ansatz, eine Online-Veranstaltung für alle Teilnehmenden in Bezug auf die Teilnehmendenrechte zu beschränken, war dabei ein gelungener Kompromiss. Auch wenn das Veranstaltungserleben sowohl für die Referierenden als auch die Teilnehmenden Abstriche erfuhr, konnten durch die Art der Durchführung personensensible Daten geschützt werden – ohne, dass das Gebot der freien Zugänglichkeit durch die Hochschule verletzt worden wäre.

In Bezug auf das Agieren der Leitungen ist der Fall vorbildlich, erfreulicherweise stützten alle Ebenen das Vorgehen des Antidiskriminierungsbüros. Der Fall zeigt aber auch, dass das klare und auf den Schutz Betroffener zielende Verhalten Einzelner ein hohes Arbeitsaufkommen weiterer Organisationseinheiten bis hin zur ministeriellen Ebene nach sich ziehen kann. Denn Vertreter*innen der AfD nutzen Widerstände oft für ihren Kulturmampf. Das AfD-Mitglied bemühte sich nach Kräften darum, zu skandalisieren und durch das Einschalten der Leitungs- und Ministerialebene eine Drohgebärde gegenüber der zivilcouragierte handelnden Praxisebene aufzubauen. In Bezug auf die Diffamierungskampagne berieten die Mobilen Berater*innen dahingehend, nach dem ersten Schock und der eigenen Betroffenheit zum sachlich-pragmatischen Handeln zurückzukehren. Denn so einschüchternd eine Kleine Anfrage des Landesparlaments zur eigenen Institution im ersten Moment auch sein mag, sollte deren Mandat auch nicht überschätzt werden. Freie und öffentliche Träger, die mit Kleinen Anfragen belegt werden, haben durchaus Handlungsspielraum, was die Art der Beantwortung der Anfragen angeht, wenn diese – eigentlich ein legitimes Mittel parlamentarischer Kontrolle – von rechtsextremen Parteien als Mittel politischer Kampfführung missbraucht werden. So müssen personenbezogene Daten von Mitarbeitenden keinesfalls herausgegeben werden und die Angefragten können sich in ihrer Antwort auf wenige kurze, wahrheitsgemäße Aussagen beschränken. Es empfiehlt sich in dieser Angelegenheit, sich bei anderen Organisationen und Institutionen zu erkundigen, die bereits von Diffamierungskampagnen betroffen waren.

Die Mobilen Berater*innen rieten darüber hinaus, dass sich die Hochschule ein umfassendes (Schutz-)Konzept gegen rechtsextreme Einflüsse erarbeiten solle, um als Institution resilenter zu werden. Dies beinhaltet neben der Niederschrift der an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ggf. am eigenen Wertekanon der Hochschule orientierten Haltung in einem Leitbild auch die Definition interner Prozesse, die im Fall eines rechtsextremen Angriffs greifen und allen Beteiligten das Handeln erleichtern. Wenn Abläufe für den Ernstfall erarbeitet wurden und ein Methodenrepertoire beispielsweise für den Schutz von Veranstaltungen bekannt ist, kann rechtsextremen Angriffen mit einer größeren Gelassenheit begegnet und die eigene demokratische Haltung gewahrt werden.

Hochschulen als Angriffsziel: Beratungsfälle

Das vorgestellte Fallbeispiel beschreibt eines von vielen unterschiedlichen Szenarien, die Beschäftigte an Hochschulen, in Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen und in der Verwaltung, aber auch Forschende erleben können, wenn sie ins Visier Rechtsextrem geraten. Diese unterschiedlichen Betroffenheiten waren häufig der Ausgangspunkt von Beratungsprozessen, die sich insbesondere mit konkreten Handlungsunsicherheiten oder mittelfristiger Strategieentwicklung im Umgang mit diesen als bedrohlich empfundenen Herausforderungen widmeten. Der Druck entsteht dabei sowohl durch offen agierende rechtsextreme Gruppen als auch durch gezielte Vorstöße einzelner Personen, studentischer Verbindungen oder politisch motivierter Initiativen mit Anbindung an die Neue Rechte oder die AfD.

Die Mobilen Beratungsteams beobachten unter anderem:

- organisierte Kampagnen gegen Lehrangebote zu feministischen, rassismuskritischen oder queeren Themen,
- parlamentarische Anfragen zu vermeintlich „linksideo logischer“ Forschung,
- Versuche, progressive Hochschulgruppen zu diskreditieren oder Veranstaltungen zu stören,
- sowie gezielte Einschüchterung von Einzelpersonen – etwa durch Hate Speech, SLAPP-Klagen (strategische Klagen zur Einschüchterung und Unterbindung von Kritik) oder Wortergreifungsstrategien.

Diese Angriffe treffen häufig nicht nur Einzelne, sondern zielen auf die institutionelle Haltung ganzer Einrichtungen – mit dem Ziel, Wissenschaft in ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz zu schwächen.

Hochschulen als besondere Orte – und besondere Herausforderung

Die Beratungspraxis zeigt: Hochschulen sind keine gewöhnlichen Institutionen. Sie sind durch ein hohes Maß an Selbstverwaltung, Hierarchien, informelle Machtstrukturen und spezifische Fachkulturen gekennzeichnet. Hinzu kommt ein starker Formalisierungsgrad, der viele Beratungsprozesse auf rechtliche Aspekte fokussiert. Gleichzeitig besteht oft ein Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit von Forschung und Lehre einerseits und der Notwendigkeit klarer demokratischer Positionierung andererseits. Das erschwert in vielen Fällen das offensive Vorgehen gegen rechtsextreme Einflussnahme.

Wer Beratung sucht, kommt aus unterschiedlichen Richtungen: Studierende, die Vorfälle melden; Lehrende, die über rechte Aktivitäten oder gezielte Anfeindungen berichten; Hochschulgruppen oder Gleichstellungsstellen, die Unterstützung suchen; aber auch Hochschulleitungen, die in komplexen Situationen handlungsfähig bleiben wollen. Diese Vielfalt ist Chance und Herausforderung zugleich: Interessenlagen sind teils divergierend, Zuständigkeiten oft unklar, die institutionellen Reaktionen nicht selten zögerlich.

Es empfiehlt sich, die unterschiedlichen Ebenen der Hochschulstrukturen bei der Strategieplanung und der Entwicklung von Lösungsansätzen mitzudenken. Sie können dabei sowohl Teil der Lösung als auch Teil des Problems sein. Als hierarchische Ebenen sind hier v. a. die Hochschulleitung, insbesondere Präsidien und Kanzler*innen sowie Fakultätsleitungen, zu nennen. Als Arbeitgeberinnen tragen Hochschulen etwa eine hohe Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und müssen im Rahmen der Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und der Landesgleichstellungsgesetze auf eine möglichst diskriminierungsarme Hochschule hinarbeiten. Gleichzeitig ist der offene Umgang mit rechtsextremen Angriffen für die betroffenen Hochschulen oft schwierig, da sie Imageverluste befürchten. Und natürlich gehören auch die unterschiedlichen Ebenen der Selbstverwaltung

vom akademischen Senat über Fakultätsräten und Fachschaften bis zu Personalvertretungen und der studentischen Selbstverwaltung zu deutungsmächtigen Akteur*innen, die im Rahmen einer Problembearbeitung bedacht werden sollten.

Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Abteilungen, Referate und Beauftragte: die Presseabteilung, das Facility Management, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die IT- und Rechtsabteilung, Hochschulgruppen oder Alumni-Vereine können spezifische Interessen, Kompetenzen und Ressourcen haben, um Prozesse zu unterstützen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Das Problem

mit der „Neutralität“

In vielen Beratungsprozessen an Hochschulen stehen spezifische rechtliche Fragen deutlicher als in anderen Sozialräumen im Vordergrund. In den letzten Jahren ist dabei die Rede von der „Neutralität“ immer stärker in den Fokus gerückt. Es zeigt sich: Die Berufung auf eine vermeintlich institutionelle „Neutralität“ ist in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus häufig nicht hilfreich – im Gegenteil. Einerseits verengt es die Spielräume für demokratische und menschenrechtsbasierte Positionierungen. Die durch den Diskurs um „Neutralität“ entstandene Unsicherheit auch und gerade in der (Hochschul-)Verwaltung sorgt schon heute für eine „Schere im Kopf“ und mangelnde Rückendeckung für Personen, die sich etwa exponiert zur AfD äußern wollen.

Neutralität wird zudem im Diskurs oft dann eingefordert, wenn es darum geht, klare Positionierungen zu verhindern oder demokratiefeindlichen Stimmen gleiche Geltung zu verschaffen. Das sogenannte „Neutralitätsgebot“ wird so zum politischen Kampfbegriff – insbesondere in Debatten über Gender Studies, Erinnerungskultur oder Antirassismus. Dabei ist juristisch klar: Hochschulen dürfen und sollen sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung positionieren. Wissenschaftsfreiheit bedeutet nicht Beliebigkeit. Und Meinungsfreiheit schützt nicht vor Widerspruch.

Wissenschaft ist nie neutral – sie basiert auf Annahmen, Methoden, Perspektiven und gesellschaftlicher Verantwortung. Gerade hier gilt: Forschung ist eingebettet in gesellschaftliche Kontexte und Interessen – sie kann, soll und muss auch Widerspruch erzeugen. Das heißt

nicht, dass Hochschulen parteipolitisch agieren sollten. Aber sie sind aufgerufen, sich schützend vor ihre Mitglieder zu stellen, wenn diese etwa aufgrund queerfeministischer, postkolonialer oder antirassistischer Perspektiven unter Druck geraten. Schweigen in solchen Situationen ist keine Neutralität – sondern nimmt Partei für die Angreifenden.

Ziel von Beratung: Handlungssicherheit schaffen – gerade für Betroffene

Die zentrale Aufgabe Mobiler Beratung ist es, Menschen in ihrer konkreten Situation handlungsfähig zu machen – sei es als Betroffene, als Verantwortliche, als Beobachtende oder als Institution. Beratung beginnt dabei oft im Unklaren: mit einem unguten Gefühl, einem diffusen Druck oder einem Vorfall, der schwer einzuordnen ist. Betroffene rechtsextremer, queerfeindlicher, antisemitischer oder rassistischer Angriffe an der Hochschule stehen häufig isoliert da – mit der Frage, ob und wie sie reagieren sollen oder können.

Beratung kann Betroffene dabei konkret in folgenden Punkten unterstützen:

Die eigene Wahrnehmung ernst nehmen und einordnen:

Viele Betroffene erleben, dass ihr Erleben infrage gestellt oder bagatellisiert wird – sei es durch Kolleg*innen, Vorgesetzte oder institutionelle Strukturen. Austausch und Vernetzung stärken die individuelle Perspektive, helfen beim Einordnen des Geschehenen und darin, das Erlebte nicht zu individualisieren („Ich bin nicht das Problem“), sondern als Ausdruck struktureller Problemlagen zu verstehen.

Sicherheitsbedürfnisse klären und Schutzmaßnahmen entwickeln:

Ein wichtiger Schritt insbesondere im Umgang mit Bedrohungen ist es, persönliche Risiken realistisch einzuschätzen und individuelle sowie institutionelle Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Das kann technischer Datenschutz sein, eine gute Vorbereitung öffentlicher Veranstaltungen, die Reduktion digitaler Sichtbarkeit, der ressourcenschonende Umgang mit Shitstorms, aber auch psychosoziale Entlastung. Der Schutz der eigenen Person steht im Mittelpunkt – ohne dass Betroffene sich zurückziehen oder zum Schweigen bringen lassen müssen.

Rechte kennen und institutionelle Schutzwpflichten einfordern:

In Beratungsprozessen können Ansatzpunkte und weitere unterstützende Stellen identifiziert werden, um sich zu rechtlichen Grundlagen (z. B. Fürsorgepflicht, Diskriminierungsverbote, Grundrechte) zu informieren und Wege zu finden, wie Betroffene ihre Rechte innerhalb der Hochschule einfordern können – etwa durch Gleichstellungsstellen, Antidiskriminierungsbeauftragte, Personalräte oder externe Unterstützungsangebote.

Klärung von Handlungsspielräumen und möglichen nächsten Schritten:

Was ist jetzt möglich, was sinnvoll – und was nicht? Beratung hilft, mögliche Optionen zu sichten: Soll eine Beschwerde eingereicht werden? Macht ein offener Brief Sinn? Ist ein Gespräch mit der Hochschulleitung angebracht – und wenn ja, mit welcher Zielsetzung? Was lässt sich auf kollektiver Ebene bewegen? Betroffene entscheiden dabei selbst, welche Schritte sie gehen und finden Unterstützung in der Beratung.

Verbündete finden und sich vernetzen:

Isolation ist eine der größten Belastungen für Betroffene. Kontakte zu anderen Engagierten, solidarischen Strukturen innerhalb der Hochschule oder externen Netzwerken können dabei helfen, aus dieser Vereinzelung herauszukommen. Gemeinsam ist es leichter, Haltung zu zeigen und Veränderung zu fordern – und gemeinsam lassen sich Risiken besser tragen.

Die Verantwortung nicht bei sich selbst belassen:

Eine zentrale Rolle der Beratung ist es, immer wieder auf die Verantwortung der Institution hinzuweisen. Hochschulen tragen die Verantwortung, sichere Räume für alle ihre Mitglieder zu schaffen. Betroffene sollen nicht diejenigen sein, die Probleme allein benennen, lösen und kommunizieren müssen – es gilt vielmehr, Verantwortung zurück an die richtigen Stellen zu adressieren.

Selbstfürsorge und emotionale Entlastung ermöglichen:

Neben strategischer Unterstützung ist auch Raum für emotionale Begleitung wichtig: für Wut, Trauer, Angst, Frust. In Beratungsprozesse, aber auch in der Vernetzung mit anderen Akteur*innen an der eigenen Hochschule oder darüber hinaus können geschützte Räume geschaffen werden, in denen Betroffene aussprechen können, was sie belastet – und in denen sie nicht „funktionieren“ müssen. Diese Entlastung ist oft Voraussetzung für alles Weitere.

Beratung unterstützt dabei, den Schritt vom Reagieren ins Agieren zu gehen. Nicht jede*r muss öffentlich sprechen, Strafanzeige erstatten oder juristisch argumentieren. Aber alle haben ein Recht auf Schutz, Solidarität und klare Strukturen.

Darüber hinaus richtet sich Beratung auch an Hochschulen selbst: Sie sollen sensibilisiert, befähigt und ermutigt werden, über Zuständigkeiten, Haltung und Prävention nachzudenken – und mit Blick auf ihre demokratische Verantwortung aktiv zu werden. Das beinhaltet auch Maßnahmen wie interne Leitbilder, Schulungen, Kommunikationsstrategien und institutionelle Stellungnahmen.

Die Rolle der Mobilen Beratung: Orientierung, Moderation, Struktur

Mobile Beratung versteht sich nicht als Krisenstab oder Lösungserbringerin – sondern als unterstützende, moderierende und reflektierende Instanz. Die Berater*innen bringen Erfahrung mit rechten Akteursgruppen, Diskursstrategien und ideologischen Anschlussstellen ein. Sie helfen, Bedrohungslagen realistisch einzuschätzen, priorisieren Handlungsoptionen und ermöglichen Orientierung in komplexen Gemengelagen.

Ihre Rolle in Beratungsprozessen an Hochschulen umfasst:

- die Begleitung bei Analyse und Klärung, z. B. in sensiblen Fallkonstellationen oder bei parallelen Interessenlagen innerhalb der Hochschule,
- die Vermittlung zwischen Betroffenen und Verantwortlichen, z. B. wenn Gesprächsformate oder Moderationen notwendig sind,
- die Beratung zu präventiven Maßnahmen, z. B. durch Workshops, interne Fortbildungen oder Prozessbegleitung,
- die Herstellung von Problembeusstsein, etwa bei Hochschulleitungen, denen Erfahrungswissen oder Aufmerksamkeit fehlen,
- die Unterstützung bei institutionellen Prozessen, etwa bei der Entwicklung von Leitbildern, Handreichungen oder Stellungnahmen,
- die Vermittlung von Kontakten, z. B. zu spezialisierten Rechtsstellen, Betroffenenberatungen oder solidarischen Netzwerken.

Die Beratung ist dabei stets vertraulich, bedarfsoorientiert und nicht standardisiert – denn keine Hochschule, kein Fall und keine Eskalation ist wie die andere. Aber es gibt Erfahrungen, gute Praxis und belastbare Strategien – und genau das bringen Mobile Beratungsteams ein.

Rechtsextreme Angriffe auf Hochschulen zielen nicht nur auf Personen, sondern auf die Idee der offenen, kritischen, demokratischen Wissenschaft selbst. Es ist daher wichtig, Menschen und Strukturen in Hochschulen zu schützen und zu unterstützen, damit sich demokratische (Diskurs-)Räume nicht weiter verengen. Mobile Beratung kann hier ein Angebot sein, um Handlungssicherheit zurückzugewinnen, institutionelle Verantwortung zu stärken und konkrete Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Aber solche Prozesse brauchen Ressourcen, Anerkennung – und den Willen, sich dem Problem zu stellen. Denn klar ist: Wir können etwas tun. Die Frage ist nicht, ob, sondern wie.

20

Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft

→ 10 PUNKTE FÜR
EINEN UMGANG
MIT RECHTEN UND
RECHTSEXTREMEN
ANFEINDUNGEN
IM KONTEXT
WISSENSCHAFT

VORSICHT IST BESSER ALS NACHSICHT

1. Gefahrenanalyse/ Bedrohungsmanagement

Holen Sie sich Unterstützung durch eine individuelle und fallspezifische Einschätzung der Gefahren für Ihre jeweilige Forschungs- und Lehrtätigkeit. Kontaktieren Sie hierfür die Hochschulverwaltung, aber auch externe Beratungsstrukturen (siehe Anhang).

2. Bedachter Umgang mit persönlichen Daten

Wie öffentlich zugänglich sind persönliche Daten sowohl privat als auch beruflich? Welche Daten braucht es im Profil von Universitätshomepage und den Sozialen Netzwerken, und welche sind verzichtbar?
Wo und in welcher Form trete ich mit Namen und Bild in der Öffentlichkeit auf (z.B. in Form eines Social Media Accounts)? Die Pressestellen der jeweiligen Hochschulen können hier beratend und unterstützend zur Seite stehen.

3. Schutz von Wohn- und Arbeitsort

Muss die Büroadresse öffentlich einsehbar sein? Insbesondere gefährdete Forschende und Forschungsprojekte sollten die Auffindbarkeit der Büroadresse in öffentlich zugänglichen Universitätsgebäuden überdenken. Für den Schutz der privaten Adresse kann eine Sperrung der eigenen Adresse im Melderegister beantragt werden. Eine Begründung durch das Bedrohungsmanagement der Universität für die Notwendigkeit der Auskunftssperre kann dabei helfen.

4. Unterstützungsstrukturen an der Hochschule

Erkundigen Sie sich frühzeitig nach Netzwerken, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen an der Hochschule. Beispiele hierfür sind die Pressestelle der Hochschule, das Facility Management, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die IT- und Rechtsabteilung, Hochschulgruppen oder Alumni-Vereine. Informieren Sie sich frühzeitig über Meldeketten an der Hochschule.

5. Unterstützungsangebote nutzen

Informieren Sie sich über hochschulexterne Unterstützungsangebote (siehe Anhang) und planen Sie je nach Gefahrenanalyse Mittel für Forschungssupervisionen oder ähnliche Formate ein. Im Fall sensibler Forschungsfelder: Wägen Sie ab, zu welchem Zeitpunkt Sie Inhalte der eigenen Forschung veröffentlichen, insbesondere um den Zugang zum Feld nicht durch frühzeitige öffentliche Anfeindungen gegen Ihre Arbeit zu gefährden.

6. Alle beteiligten Stellen über die Gefahrenanalyse informieren

Informieren Sie alle beteiligten Stellen über das Ergebnis der Gefahrenanalyse (z.B. Hochschule, Kolleginnen, Drittmittelgeber*innen etc.). Stimmen Sie sich ab, wer ansprechbar ist, sollte die Gefährdung auch nach Abschluss eines abgeschlossenen Forschungsprojektes weiter bestehen.

WAS TUN, WENN?

7. Relevante Stellen informieren

Wenden Sie sich an universitätsinterne und -externe Unterstützungsangebote und informieren Sie diese über den Angriff/die Anfeindungen. Halten Sie Meldeketten ein und verzichten Sie auf Alleingänge. Planen Sie einzelne Schritte in Absprache mit zuständigen Personen/Gremien.

8. Dokumentieren Sie die Anfeindungen

z.B. durch Screenshots, das Aufheben von Briefen/ Post (nicht wegwerfen!), das Abspeichern von E-Mails usw. — oder bitten Sie andere, dies für Sie zu tun.

9. Kommunizieren Sie nicht selbst mit Angreifenden

weder per E-Mail noch über soziale Netzwerke oder andere Plattformen.

10. Soll die Öffentlichkeit proaktiv mit einbezogen werden?

Wägen Sie ab, ob die Öffentlichkeit proaktiv mit einbezogen werden soll, um auf den Fall aufmerksam zu machen. Auch die Öffentlichmachung sollte nur in Absprache mit zuständigen Personen/Gremien/Stellen (etwa Bedrohungsmanagement, Pressestelle usw.) geschehen.

25

Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft



**WO FINDE ICH
UNTERSTÜTZUNG**

Bundesverband Mobile Beratung — gegen Rechtsextremismus, für demokratische Kultur e. V.

E-Mail: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Übersicht zu den bundesweit mehr als
50 Mobilen Beratungsteams:
[bundesverband-mobile-beratung.de/
mobile-beratung/#Beratungsteams](http://bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/#Beratungsteams)

Scicomm-Support

E-Mail: hallo@scicomm-support.de

Mehr zur nationalen Anlaufstelle bei
Angriffen und unsachlichen Konflikten in
der Wissenschaftskommunikation:
scicomm-support.de

Weitere Anlaufstellen

RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus)

report-antisemitism.de

**Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter,
rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.**

verband-brg.de

Lola für Demokratie e. V.

lola-fuer-demokratie.de

Gegenrechtsschutz

gegenrechtsschutz.de

Hate Aid

hateaid.org

Zum Weiterlesen

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit rechten und queerfeindlichen Anfeindungen in der Wissenschaft

Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (bukof) (Hrsg.) (2023): Diskriminierende Angriffe im Hochschulkontext- Handlungsempfehlungen für Hochschulleitungen. Online unter: wordpress.agf-berliner-hochschulen.de/wp-content/uploads/2019/10/23-05-bukof-agf-Handlungsempfehlungen-Hochschulleitungen-diskriminierende-Angriffe.pdf.

Gutsche, P., Steinfeldt-Mehrtens, E. & Völsch, K. (2025): Hochschulen als Orte queerfeindlicher Angriffe. Politische Analyse und Handlungsempfehlungen. Online: tu-dresden.de/tu-dresden/organisation/ressourcen/dateien/Gleichstellungsbeauftragte/Unsere-Themen/geschlechtergerechte-sprache/queerfeindlichkeit-an-hochschulen?lang=de%22.

Allgemeine Handlungsempfehlungen zum Umgang mit rechten Anfeindungen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.) (2017): Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. Online unter: mbr-berlin.de/en/publikationen/wachsam-sein-zum-umgang-mit-rechten-und-rechtsextremen-einschuetterungsversuchen-und-bedrohungen-2017.

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. (2025): Vorbereitet auf antifeministische Angriffe: Empfehlungen für Veranstaltungen. Online unter: spotlight-antifeminismus.de/fileadmin/content/SPOTLIGHT/Dokumente/Arbeitspapier_Antifem_Sicherheit_v1.pdf.

Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.) (2025): Engagiert & demokratisch bleiben. Handlungsempfehlung zum Umgang mit der extrem rechten AFD. Online unter: bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagiert-demokratisch-bleiben-handlungsempfehlungen-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (Hrsg.) (2020): Druck aus dem Parlamenten. Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts. Online unter: mbr-berlin.de/en/publikationen/druck-aus-den-parlamenten-zum-umgang-sozialer-organisationen-mit-anfeindungen-von-rechts-2020.

Forschung zum Thema Wissenschaftsfeindlichkeit und Angriffe auf die Wissenschaft

Blümel, C. (2024): Anfeindungen gegen Forschende. Eine repräsentative Studie des Projektes KAPAZ. Kurzdossier für die Berichterstattung. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH. Online unter: hiig.de/wp-content/uploads/2024/05/Erste-Ergebnisse_Umfraage-zu-Anfeindungen-gegen-Forschende.pdf.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2021): Wissenschaftsfreiheit. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 46/2021. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-46_online_0.pdf.

Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (Hrsg.) (2022): Wissenschaftsfeindlichkeit. Angriffe auf Wissenschaftler*innen und ihre Bedeutung für Bildung und Demokratie. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (ZdGM), 2/2022. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (Hrsg.) (2023): (De)Legitimationen von Wissen. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (ZdGM), 1/2023. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Frischlich, L., Seeger, C., Obermaier, M., Schmid, U. & Schulze, H. (2024): *Hate Speech und Angriffe auf Wissenschaftler*innen. Ein Forschungsüberblick*. Im Auftrag von: Transfer Unit Wissenschaftskommunikation, einem Gemeinschaftsprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BAW) und Wissenschaft im Dialog (WiD). Online unter: wissenschaft-im-dialog.de/documents/217/TransferUnit_Forschungsueberblick_Hatespeech.pdf.

Haker, C., & Otterspeer, L. (2023): *Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen—Perspektiven von Betroffenen*. ZReX - Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 3(1), 102–117. doi.org/10.3224/zrex.v3i1.07.

Herausgegeben von

GERDEA-Forschungsverbund

in Kooperation mit dem Bundesverband Mobile Beratung e. V.

Unter Mitarbeit von:

Onna Buchholt, Heiko Klare, Michaela Köttig, Juliane

Lang, Paula Matthies und Viktoria Rösch

GERDEa

Wechselwirkungen zwischen
gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen
und der zeitgenössischen extremen Rechten.
Dynamiken — Effekte — Ambivalenzen

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG



Impressum

Der Forschungsverbund GERDEA: "Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken – Effekte – Ambivalenzen," wird gefördert vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Rahmen der Förderrichtlinie "Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus".

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

ViSdP:

Prof. Dr. Michaela Köttig

Frankfurt University of Applied Sciences

Nibelungenplatz 1

60318 Frankfurt am Main

Deutschland

Gestaltung und Satz: studiokwi.de

Erscheinungsjahr: 2025

Kontakt: projekt-gerdea.de

